



Regierungsratsbeschluss vom 30. Juni 2026

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD; Verordnung über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV); Umsetzung der Motionen 25.4392 und 25.4399; Vernehmlassung

P260706

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Eidgenössische Steuerverwaltung.

Begründung

Mit der vorgeschlagenen Änderung der Mindestbesteuerungsverordnung sollen zwei von den Eidgenössischen Räten überwiesene gleichlautende Motionen umgesetzt werden. Da für die Mehrheit der von der Mindestbesteuerung betroffenen Unternehmen die Änderung keine Auswirkungen haben dürfte, die Systemintegrität der Mindestbesteuerung durch die internationale Koordination gewährleistet ist und der qualifizierende Status der schweizerischen Ergänzungssteuer bestehen bleiben sollte, stimmt der Regierungsrat dieser Änderung grundsätzlich zu.

